

## **Generalversammlung am 07.02.2023**

### **Rede des Verwaltenden Vorstehers Henry Lamotte**

#### **Wir sind herausgefordert –**

#### **unsere Freiheit zur Selbstverantwortung in einer gespaltenen Welt**

Liebe seemännische und kaufmännische Mitglieder von HAUS SEEFAHRT,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

So sehr wir uns freuen, in dieser Gemeinschaft, in für uns selbstverständlicher, lebendiger Tradition nach zwei Jahren hier wieder an den langen Tischen zusammensitzen, so sehr steht doch auch diese Generalversammlung, wie eigentlich jeder Tag seit dem 24. Februar letzten Jahres, unter dem Schatten des Krieges in der Ukraine. So möchte ich meine Rede damit beginnen, dass wir uns vergegenwärtigen, dass auch heute Abend und heute Nacht in der Ukraine, in Europa, Menschen durch kriegerische Gewalt sterben, durch massiven Beschuss russischer Raketen, Marschflugkörper und Drohnen, fernab der Front auf die Zivilbevölkerung in Kiew und Odessa und vielen anderen Städten und Dörfern - und wenn sie die Nacht überleben, so müssen Hunderttausende Ukrainer und Ukrainerinnen, viele Alte und auch Kinder, unter härtesten Bedingungen ausharren, oft in Kellern ohne Licht, Wasser und Wärme und unter ständiger Bedrohung Ihres eigenen Lebens und das Ihrer Liebsten. Wir müssen davon ausgehen, dass dieser Krieg schon jetzt, nach bereits einem ganzen Jahr, weit mehr als 100.000 Soldaten das Leben gekostet hat und mehr als 7000 Zivilisten, davon über 400 Kinder, getötet wurden. Der UNHCR zählt 12 Millionen Ukrainer und Ukrainerinnen, das ist ein Viertel der Bevölkerung, auf der Flucht, meist Frauen und Kinder, 8 Millionen davon außerhalb der Ukraine in Europa, mehr als eine Million in Deutschland. Die Hilfsbereitschaft ist groß und ungebrochen, auch Haus Seefahrt beherbergt zurzeit Flüchtlinge in freien Wohnungen auf dem Seefahrtshof.

Als wir zur Generalversammlung am 8. Februar letzten Jahres zusammenkamen, einige wenige hier vor Ort, die meisten von Ihnen wegen der Corona-Epidemie am Bildschirm zuhause, waren es nur noch zwei Wochen, bis dieser für uns eigentlich

undenkbare, perfide Überfall Russlands auf die Ukraine begann. Mein Vorgänger allerdings sprach in seiner Rede eine deutliche Warnung aus, ich zitiere aus der letztjährigen Rede von Ingo Kramer:

“Der vermeintlich dauerhafte Verzicht auf kriegerische Auseinandersetzungen mit seinen ökonomischen und gesellschaftlichen Vorteilen, auch Friedensdividende genannt, führte schleichend zu dem einen oder anderen Machtvakuum. Nach dem Prinzip des Druckausgleichs wird ein jedes Vakuum früher oder später aber wieder aufgefüllt...” und er fuhr in seiner Rede fort „...heute haben wir es auch wieder mit zwei Machtblöcken, Russland und China, zu tun, die längst unverhohlen mit dem Einsatz militärischer Macht zur Durchsetzung ihrer Interessen operieren. Dieser Entwicklung stellen wir in Europa besonders Russland weiterhin unermüdlich unser Prinzip der Verhandlungslösung gegenüber, dabei übersehend, dass dazu immer beide Seiten bereit sein müssen. Wer sich in der besseren Machtposition wähnt, neigt nicht zu Verhandlungen, sofern das Risiko klein genug scheint.“

Lieber Ingo, da hattest Du leider den richtigen, nüchternen Blick auf die Lage, und auch jetzt, nach einem Jahr Krieg, scheinen Verhandlungen nicht in Sicht.

In Deutschland erleben wir, wie schwer es uns fällt, zu akzeptieren, dass wir es mit der Friedensdividende deutlich überzogen haben und wie schwer es uns fällt der Rhetorik der „Zeitenwende“ auch Taten folgen zu lassen. Taten, die nicht nur sauber mit dem Scheckbuch beglichen oder auf die Zukunft geschoben werden können, sondern auch solche, die hier und heute eine klare militärische Position zeigen, eigentlich sogar eine Führungsposition, die von Deutschland erwartet wird, im Verbund mit unseren europäischen Partnern und den USA. Das Bild, welches unser Kanzler und damit unser Land diesbezüglich abgibt, ist zumindest verwirrend und zum Teil sicherlich traurig – Stichwort Leopard Panzer – zögern und schweigen ist hier keine Tugend, sondern zeigt, wie schwer es uns, und eben auch unserem Bundeskanzler fällt, die Konsequenz der „Zeitenwende“ zu ziehen und der Rhetorik konkludentes Handeln folgen zu lassen. Wir wollen keine Scharfmacher, die Rhetorik kann so nüchtern bleiben, wie sie ist, aber die Reaktion erst zu bedenken und zu prüfen, nachdem sich die vorhersehbare Situation verändert hat, um dann vielleicht tatsächlich etwas zu unternehmen, womöglich dann zu spät – das ist bestimmt keine Abschreckung für den

Aggressor. Und wie schwer die Wende unserer Verwaltung fällt, sogar der des direkt betroffenen Verteidigungsministeriums, zeigt, dass dort, wie kürzlich vom Bundestag gerügt, schlicht vergessen wurde, Rüstungsgüter im Wert von 1 Milliarde Euro nachzuordern, vom Raketenwerfer bis zu Winterjacken, die aus den Bundeswehrbeständen an die Ukraine geliefert wurden. Dann ist es auch kein Wunder, das der Haushaltsausschuss parteiübergreifend die geringen Ausgaben aus dem 100-Milliarden-Euro-Sonderfonds beklagt. An der Finanzierung, und sei es aus dem sogenannten „Sondervermögen“, liegt es auch hier nicht. Das Tun, das Machen, die Umsetzung, muss endlich und zügig kommen. „Pistorius packt die „Zeitenwende“ an“, so formulierten es jetzt die Medien und wir wünschen und erwarten von ihm durchschlagenden Erfolg!

Meine Damen und Herren, Kiew liegt nicht weiter von Berlin entfernt als Rom, lag aber gefühlt wohl für viele von uns, zumindest für die allermeisten EU-Bürger, doch bisher auf einem anderen Kontinent. Das ändert sich jetzt. Sollte Russland, was wir alle hoffen, diesen Krieg nicht gewinnen und nicht die Ukraine dauerhaft unterdrücken, so wird die Ukraine einen ganz großen Schritt dichter an uns heranrücken, viel tiefer in unser Bewusstsein treten als Teil unseres Zusammenlebens in Europa – politisch, wirtschaftlich, kulturell. Selbst wenn es noch viele Jahre dauern würde, bis es zu einer vollwertigen EU-Mitgliedschaft käme. Die Ukraine würde dazugehören, viel schneller und deutlicher als es ohne diesen unsäglichen Krieg der Fall gewesen wäre. Das steht für Russland, besser für Putin und seine Clique auf dem Spiel.

Aber noch stehen wir an dieser im wahrsten Sinne blutenden Nahtstelle in Europa – der heroische Verteidigungskampf für Freiheit und Selbstbestimmung, unter Einsatz aller Mittel, besonders auch des eigenen Lebens – da gilt dann „vivere non est necesse“ - auf der ukrainischen Seite und auf unserer Seite der Versuch, besser die Hoffnung, zumindest militärisch trotz Zeitenwende nicht direkte Partei dieses Krieges zu werden, sondern den Status Quo so weit wie möglich zu erhalten.

Solange dieser Krieg aber wütet, bleibt die politische und wirtschaftliche Lage in einer ohnehin durchgeschüttelten Weltwirtschaft umso unsicherer. Unsicherheit, also Risiken, die mit Aufschlägen bei allen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt und abgewogen werden müssen, belasten die Entwicklung stark. Wir können

allerdings mit Erleichterung feststellen, dass es in Europa und insbesondere auch in unserem Land, die wir durch die in Folge des Krieges ausgelöste Energiekrise besonders betroffen sind, hätte schlimmer kommen können. Die Aufholjagd mit ursprünglich prognostiziert starkem Wachstum in 2022 musste zwar ausbleiben, aber trotz des Gegenwindes konnte die deutsche Wirtschaft ihre langsame Erholung nach dem Corona-Einbruch, zumindest statistisch, fortsetzen. Bei dem für das Gesamtjahr 2022 glücklich ausgewiesenen 2% Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bleibt nur meist unerwähnt, dass die deutsche Wirtschaft im 4. Quartal geschrumpft ist und wohl auch im 1. Quartal dieses Jahres schrumpfen wird, wir uns also nach der gängigen Definition in einer Rezession befinden. Sicher, die Befürchtungen waren schlimmer, diese Rezession fällt wohl milder aus und die Bundesregierung geht in ihrem kürzlich vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht für das Jahr 2023 sogar wieder von einem ganz leichten Wachstum aus. Wir hätten es gerne wieder stabil und zuverlässig, wissen aber eigentlich, dass dieser Krieg in Europa nicht ausgeklammert, nicht isoliert werden kann und es Stabilität und Zuverlässigkeit so nicht geben kann – die Lage bleibt volatil und längerfristige Prognosen deshalb trügerisch.

Im Kontext zu unseren Wirtschaftspartnern bleibt festzustellen, dass die deutsche Wirtschaft sich deutlich schwieriger tat Corona mit all seinen Folgen für eine weltweit vernetzte Volkswirtschaft hinter sich zu lassen - wir waren 2021, also vor dem Krieg und seine Folgen, das Schlusslicht in Europa - die EU, die USA und die Weltwirtschaft insgesamt wuchsen in dem Jahr doppelt so stark. Der erneute Einbruch in 2022, ausgelöst durch die Angebotschocks in Folge des Krieges in der Ukraine jedoch traf die Weltwirtschaft generell, wegen der globalen Verknüpfung der besonders betroffenen Energie- und Agrarmärkte ubiquitär. Die dadurch endgültig ausgelöste Inflation und deren Bekämpfung bringt tiefe Bremsspuren, die Wachstumsaussichten weltweit für 2023 sind schwach, was übrigens auch für die USA gilt - wobei die Federal Reserve die Geldentwertung kompromissloser als die EZB, ohne allzu viel politische Rücksichtnahme mit einer energischeren Zinspolitik bekämpft und so die USA wohl die hohen Teuerungsraten schneller hinter sich lassen und zu neuer Dynamik, zu neuem Wachstum finden werden. Erneut zeigt die amerikanische Marktwirtschaft ihre Widerstandsfähigkeit, ihre Wettbewerbsstärke als weltgrößte Volkswirtschaft.

Europas größter Handelspartner ist China und das gilt umso mehr für Deutschland. Mit China, seit 2010 die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, wickelt Deutschland fast 10% seines Außenhandels ab, der Anteil ist über die Jahre ständig gewachsen. Wir alle wissen, wie bedeutend dieses riesige Land mit seinem weiterhin enormem Entwicklungspotential geworden ist, auch als Produktionsstandort für global agierende deutsche Unternehmen – fast 40% aller PKW der deutschen Automarken werden in China abgesetzt und eben auch dort hergestellt, ähnlich groß ist das Engagement anderer Industriezweige – BASF baut in Südchina sein weltweit größtes Werk, mit 10 Milliarden Euro die größte Investition eines deutschen Unternehmens in China überhaupt. Laut der Deutschen Außenhandelskammer sind mehr als 5.000 deutsche Unternehmen im Reich der Mitte ansässig.

Der atemberaubende Aufstieg dieses riesigen Landes in den letzten vierzig Jahren bringt globales Gewicht und, inzwischen sehr selbstbewusst, den Anspruch als Supermacht respektiert zu werden und agieren zu können – wirtschaftlich, politisch und militärisch - und nicht nur in Asien und im pazifischen Raum, sondern weltweit. Das von der kommunistischen Partei Chinas totalitär regierte Land wird seit zehn Jahren wieder straff unter dem „Überragenden Führer“ Xi Jinping geführt, der den „chinesischen Traum“ proklamiert, wonach China zum 100. Geburtstag 2049 die wirtschaftlich und militärisch global führende Nation sein soll. Eine über Jahrzehnte minutiös und konsequent verfolgte Strategie, die Hegemonie der USA abzulösen. Ob dieser Plan aufgehen kann? - intelligent, langfristig konzipiert und konsequent umgesetzt, hemmungslos mit allen Mitteln, die einem großen und technologisch inzwischen weit entwickelten Land zur Verfügung stehen, auch allen Methoden der digitalen Überwachung und Steuerung mit Hilfe von künstlicher Intelligenz? Ist eine solche hoch entwickelte zentrale Macht dem Wirrarr und der Unberechenbarkeit, der Schwarmintelligenz unserer pluralistischen, demokratischen Willensbildung überlegen und werden wir deshalb eines Tages Teil dieses Systems und seiner Lebensform? Dieser Kampf der Systeme steht uns bevor, nein wir sind mittendrin - und wir dachten doch, oder besser hatten gehofft, dieses Kapitel Ende des letzten Jahrhunderts hinter uns zu lassen, lange sah es ja weltweit auch so aus, auch in China. „Das Ende der Geschichte“ hieß der 1992 veröffentlichte Bestseller von Francis Fukuyama, mit der These, dass sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das Prinzip des Liberalismus in Form von Demokratie und Marktwirtschaft endgültig überall

durchsetzen würde. Letztes Jahr kam von ihm dann das Buch mit dem Titel „Der Liberalismus und seine Feinde“ heraus – nach gerade 30 Jahren, so kann man sich irren!

Meine Damen und Herren, wir stehen erneut vor dieser Herausforderung – autoritärer Staatskapitalismus ohne Demokratie, Menschenrechte, Pressefreiheit und Zivilgesellschaft auf der einen Seite und auf der anderen die grundlegenden Wertemaßstäbe des Westens – die unveräußerlichen Menschenrechte, die Herrschaft des Rechts, Gewaltenteilung und die Souveränität des Volkes die als repräsentative Demokratie organisiert ist. Werte, die für unser Zusammenleben insgesamt Grundlage sind, erdacht und erkämpft über mehr als 2000 Jahre, und nie ganz vollkommen erreicht, eher ein ständiges auf und ab wie wir es auch gerade in diesen Jahren erleben – Sie kennen wohl den Spruch von Winston Churchill: „Democracy ist the worst form of government except all those other forms that have been tried from time to time“ - womit er sich der Weisheit von Aristoteles bediente, 2300 Jahre vor ihm. Demokratie ist eine herausfordernde Staatsform, eine Herausforderung an uns alle, eine Staatsform, die keine guten Ergebnisse garantiert, oder wie George Bernard Shaw typisch formulierte „Democracy is a device that ensures we shall be governed no better than we deserve“ – ich komme darauf noch zurück.

Dieser Wettbewerb der Systeme, zentraler Plan versus liberale Ordnung, wurde auch in den Reden meiner Vorgänger thematisiert, in den letzten Jahren und immer wieder auch in weiter zurückliegenden Zeiten. Kein Wunder, dass wenn freie Kaufleute und Kapitäne sich treffen und der Verwaltende Vorsteher zur wirtschaftlichen Lage sprechen soll, dass es dann um den freien Handel geht, unser Lebenselixier, und um die immerwährende Gefahr des Antiliberalismus, die Gefahr die Freiheit zu ersticken. Die geordnete Freiheit ist auch Selbstverständnis unserer Stiftung, die seit fast 500 Jahren auf die „Freigebigkeit von Kaufleuten und Schiffen“ setzt, nicht auf die staatliche Alimentierung, und schließlich ist der Schutz des freien Handels seit noch längerer Zeit Sinn und Zweck dieses Hauses, in dem wir Gast sein dürfen. Es ist und bleibt eine Daueraufgabe, sich gegen die Übergriffigkeit zu wehren. Auf der weltpolitischen Ebene, im Wettbewerb der Systeme, kann das nur im Verbund mit unseren Partnern-Staaten gelingen, hoffentlich politisch klug und konsequent auf der

Grundlage der Marktwirtschaft und eines freien und fairen Welthandels. Dabei sei bemerkt, dass die Abhängigkeiten von China natürlich zu groß sind, aber decoupling und derisking nicht zu einer Ideologie der Deglobalisierung führen darf. Oder wollen wir die Bühne des globalen Handels, die globale Arbeitsteilung, die allen Beteiligten, besonders uns Deutschen und gerade uns hier in Bremern, größte Vorteile gebracht hat, die die Welt vorangebracht hat, wollen wir die globalisierte Welt China überlassen?

Mindestens ebenso herausfordernd, aber selbstverschuldet, ist die Übergriffigkeit des eigenen Staates, quasi aus uns selbst heraus, wie George Bernhard Shaw es auf den Punkt gebracht hat „...we shall be governed no better than we deserve“. Immer mehr Gesetze und Verordnungen und eine entsprechend aufgeblähte Bürokratie unterspülen das liberale Fundament unseres Erfolgs, das Recht auf Selbstbestimmung, die Herausforderung zur Eigenverantwortung und den Anreiz zur Eigeninitiative. Vordergründig oft gut gemeint und moralisch plausibel, dem ersten Schein nach gerecht und meist auch demokratisch legitimiert, so ist aber bei etwas näherer Betrachtung eben doch ein starker Trend hin zu staatlicher Reglementierung und Bevormundung zu erkennen. Der Krieg in der Ukraine, die Konfrontation mit China, die Debatten um die Impfpflicht oder Maßnahmen gegen den Klimawandel - in der Krise wird der Ruf nach dem „allmächtigen“ Staat noch lauter und sieht sich der Liberalismus umso mehr unter Druck. Viele Menschen sehen ihn als alte und überlebte Ideologie, die keine Antworten auf die großen Probleme unserer Zeit mehr bieten könne, und sie wünschen den quick fix. Der Staat bzw. seine von ihrer unendlichen Kompetenz überzeugten gewählten Amtsträger sind nur zu willig, den Subjekten die Unsicherheit zu nehmen, für sie zu entscheiden und zu handeln – „you'll never walk alone“ – dieses Broadwaystück, die Hymne des FC-Liverpool, ist wunderbar, aber eine wunderbare Illusion! Das unser Bundeskanzler sie in einer Krise, in der Zeitenwende, zur staatlichen Maxime ausruft, ist zwar nicht verwunderlich, aber nichtsdestoweniger unlauter. Kann das der Apell eines Kapitäns an seine Mannschaft im Angesicht eines aufziehenden Sturms sein? Muss dann nicht, auch in einem Sozialstaat, an den Einsatz jedes Einzelnen, ja auch an den selbstlosen Einsatz jedes Einzelnen appelliert werden – „ask not what your country can do for you - ask what you can do your country“! - so der berühmte Satz von John F. Kennedy.

Es sind nicht nur die atemberaubenden Finanzmittel, die der übergriffige Staat in Anspruch nimmt und die zu hoher Verschuldung, Marktverzerrung und Subventionswettlauf führen – alles Schecks, die auf die Zukunft gezogen sind. Viel gefährlicher, weil dauerhafter und noch schwerer zu korrigieren, ist das Muster der vielen Klein-Klein Entscheidungen - die nicht über verlässliche Rahmenbedingungen anreizen und ertüchtigen ein Ziel zu erreichen, sondern die eine einzig gültige Methode mit rechtlich festgelegten Detailschritte zur Erreichung des Ziels vorgeben. Nicht nur was wir erreichen wollen sondern auch wie es, Klein-Klein feingesteuert angegangen werden muss – Verordnung für Verordnung, dokumentiert, kontrolliert und natürlich auch sanktioniert, also verwaltet. Beispiele für diese schulmeisterliche, oft dumme, für freie Denker und Macher geradezu entwürdigende Bevormundung gibt es zuhauf und auf allen Ebenen. Viele von Ihnen kennen das im eigenen Handlungsfeld und ich nenne hier nur wenige Beispiele wie die Ausbildungsabgabe oder die Solardachpflicht, – da ist Bremen wieder ganz vorne mit dabei – der Aktionsplan „100% Bio für Schulen und Kitas in Bremen“, die revidierte Düngeverordnung oder das Verbot des Verbrennungsmotors, aus meiner Sicht auch das 49 Euro Ticket, das geforderte Autobahn-Tempolimit, SUV-Verbot oder Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, jetzt übrigens bereits auf der europäischen Ebene in Kraft als European Sustainability Reporting Standard ESRS der von der Corporate Sustainability Reporting Directive CSRD flankiert wird. Ziel ist es hier z.B., kapitalmarktorientierte Unternehmen, zumindest vorerst nur solche, man geht von ca. 50.000 aus, nach gewählten Nachhaltigkeitskriterien – ökologisch und sozial – wiederkehrend zu bewerten und auf dieser Grundlage Kapitalflüsse - Menge und Preis - zu dirigieren. Ein eklatantes Beispiel, wie die Politik, der Staat, die EU, dazu mit gewaltigem bürokratischem Aufwand aller Beteiligten, direkt in das Wirtschaftsgeschehen eingreift. Nicht der Kunde entscheidet, nach welchem sich das Unternehmen und der Markt ausrichtet, wie das Ziel erreicht wird, sondern die zentrale Macht. Dabei ist die freie Wirtschaft auch bzgl. einer systematischen Integration von Nachhaltigkeitskriterien oft schon viel weiter, auch was die Kapitalflüsse betrifft, weil der Kunde es längst fordert und der Markt deshalb da die besseren Renditen bietet. Und die Tatsache, dass auch die Kriterien der Nachhaltigkeit sich dynamisch verhalten, spricht sicher ebenfalls nicht für eine zentrale Verwaltung - in Sachen Rüstungsindustrie z.B. müssen viele da gegenwärtig umdenken.



Ein positives Beispiel wie es laufen kann, wie also zuverlässige Rahmenbedingungen dazu führen, mit erfinderischer Innovation und unternehmerischer Gestaltungskraft das Ziel zu erreichen - die unsichtbare Hand des Marktes – das positive Beispiel ist der europäische Emissionshandel, bereits seit 2005 in Kraft und im Dezember letzten Jahres in jetzt deutlich erweiterter Form von Rat und Europäischem Parlament verabschiedet, hoffentlich als Vorreiter eines globalen Systems. So kann es funktionieren, so kommen die externen Kosten in die Kalkulation, so wird der CO2 Ausstoß teuer und wird eingespart, und so können die Klimaziele so günstig wie möglich erreicht werden – ggfs. eben auch mit Verbrennungsmotoren, die mit synthetischen Kraftstoffen betrieben werden, welche mit erneuerbarer Energie gewonnen werden.

Meine Damen und Herren, ich plädiere nicht für weniger Staat. Wir wollen gute und verlässliche Rahmenbedingungen und einen Staat, der seine hoheitlichen Aufgaben, auch als Sozialstaat, gut erfüllt - um das zu erreichen wäre der deutsche Staat eigentlich schon vollauf für die nächsten Jahre ausgelastet. Da aber, wo die Politik einen Gestaltungsauftrag sieht, ist das Ziel und sind soweit nötig die Rahmenbedingungen festzulegen. Wie aber dieses Ziel erreicht werden kann, ist der freien Entscheidung, dem Erfindergeist, mit Chance und Risiko im freien Wettbewerb, ist dem Markt zu überlassen. Politiker überschätzen sich in der Regel, wenn sie bei unternehmerischen Entscheidungen mitreden wollen, sie tun das auch ohne persönliches Risiko – so funktioniert aber unser Erfolgsmodell, so funktioniert die soziale Marktwirtschaft nicht. Wir brauchen deshalb auch kein drei Milliarden schweres Klimapaket, mit dem unter der Führung unseres Bürgermeisters, die Weichen für eine nachhaltige Umgestaltung der bremischen Wirtschaft gestellt werden sollen, so dass gerade beschlossene Wahlprogramm der SPD.

Wir werden im Wettbewerb nur erfolgreich bleiben, wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen, auf die freie, leistungsorientierte soziale Marktwirtschaft. Unsere Wettbewerbsfähigkeit leidet unter der immer weiter zunehmenden staatliche Feinsteuerung. Und dass wir den Wettbewerb der Systeme nicht mit immer mehr zentraler Steuerung gewinnen können, sollte selbstverständlich sein, da ist China Meister, die zentrale Steuerung ist da systemimmanent und die beherrscht China in Perfektion.

Meine Damen und Herren, eigentlich, so könnte man glauben, ist Deutschland erst mal über den Berg. Das Jahr fängt mit einer Reihe guter Nachrichten an: Die Gasspeicher sind gut gefüllt und können dank der neuen Flüssiggasterminals in den nächsten Monaten auch wieder besser nachgefüllt werden, die Energiepreise sinken und die Industrie produziert immer noch so viel wie vor einem Jahr. Die Pandemie hat soweit an Bedeutung verloren, dass sogar der Gesundheitsminister die Maskenpflicht in der Bahn aufhebt und in Deutschland sind so viele Menschen erwerbstätig wie noch nie zuvor. Die Inflation geht wieder leicht zurück und der Finanzminister kann verkünden, dass er wahrscheinlich etliche Milliarden des „Doppelwums“ nicht braucht, das Steueraufkommen insgesamt war auch 2022 höher als je zuvor, wird weiterwachsen und nach neuester Schätzung 2025 erstmalig die 1 Billion Euro Marke übersteigen.

Ja, es geht uns eigentlich gut, trotz der vielen Krisen und des Krieges in Europa, wir beweisen Widerstandfähigkeit. Wir haben aber auch etwas zu verteidigen, und damit wir im globalen Wettbewerb weiter prosperieren, brauchen wir die Freiheit, die das Beste in uns mobilisiert – selbständig Herausforderungen anzugehen, die Zukunft zu gestalten und aus Überzeugung das zu unternehmen was richtig ist! Ich zitiere zum Abschluss unseren Altbundespräsidenten Gauck, für den die Verteidigung der Freiheit die zentrale Lebensaufgabe ist: „Wenn aber das Unternehmertum gelöscht wird, ist das nicht nur ein ökonomischer Verlust, sondern ein tiefes gesellschaftliches Defizit. Weil der Geist des Gelingens und der Geist der Eigenverantwortung defizitär wird.“

Auf freien Handel, Schifffahrt und Industrie ein dreifaches

**Hepp - Hepp - Hepp - Hurra!**